

3053/AB XXI.GP

Eingelangt am: 11.01.2001

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Pumberger und Kollegen haben am 12. November 2001 unter der Nr. 3060/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Drogenhandel durch asylwerbende Flüchtlinge" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Es ist festzustellen, dass in und um die Bundesbetreuungsstelle Traiskirchen der Suchtmittelhandel größtenteils durch Schwarzafrikaner betrieben wird. Zahlenmäßig kann nicht angegeben werden, wieviele der asylwerbenden Schwarzafrikaner in Traiskirchen mit Heroin oder Kokain handeln.

Zu Frage 2:

Die schwerpunktmäßigen Kontrollen haben in der Zeit vom 01. August bis 22. November 2001 folgende Ergebnisse erbracht:

Im Zuständigkeitsbereich des Gendarmeriepostens Traiskirchen

Gesamt	§ 27 Abs. 1	§ 27 Abs. 2 SMG	§ 28 Abs. 2	§ 28 Abs. 3	§ 30 SMG
109	86	7	12	3	1

Zu Frage 3:

Sichergestellte Mengen GP Traiskirchen

		Summe in g	Anzahl der Anzeigen
Suchtgifte	Cannabiskraut/Marihuana	26,00	9
	Cannabisharz/Haschisch	,00	1
	Heroin	159,41	83
	Morphin u. Derivate	6,45	8
	Kokain	6,26	40
	LSD-Trips	,00	1
	XTC	,00	3
	Amphetamin	9,00	3
	Sonst. Suchtgifte	20,00	2
	SG-hältige Medikamente	4,00	1
Psychotrope-Stoffe	Substanz I	,00	1
	Medikament I	,00	1

Zu Frage 4:

Im Zuge der Ermittlungen konnten Delikte, wie Einbruchsdiebstähle, Opferstockdiebstähle, Handy-Diebstähle, Betrügereien und Diebstähle aus Krankenhäusern geklärt werden.

Zu Frage 5:

In der Betreuungsstelle Traiskirchen werden laufend gezielte Kontrollen vorgenommen, die sich einerseits auf die Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität, andererseits auf die Überwachung der Einhaltung fremdenrechtlicher Bestimmungen konzentrieren.

Unter anderem werden seit 23. Juli 2001 folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Observationsmaßnahmen durch die KA Niederösterreich.

- Verstärkte sichtbare Präsenz uniformierter Beamter,
- Kooperation mit der Wiener Sicherheitswache, um neuralgische Punkte überwachen zu können und die "Dealer"-Aktivitäten durch fremdenpolizeiliche Kontrollen zu stören.

Zu Frage 6:

Drogenrazzien sowie deren Ergebnisse werden nicht im einzelnen statistisch erfasst. Jedenfalls kann gesagt werden, dass seit dem Jahr 1999 mehrere rigorose Kontrollen durchgeführt wurden. Bei diesen Örtlichkeiten handelte es sich sowohl um Betreuungsstellen für Asylwerber als auch um Lehrlingsheime, in welchen Asylwerber untergebracht sind.

Zu Frage 7:

- a) Verstärkung des täglichen Streifendienstes**
- b) Verdoppelung der Suchtgiftsachbearbeiter**
- c) Regelmäßiger Lagebericht**

Zu Frage 8:

- **Bereich der Drogenpolitik**

Einleitend muss darauf hingewiesen werden, dass das Drogenproblem eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung darstellt. Dabei hat die Sicherheitsexekutive wohl einen entscheidenden Beitrag zu leisten, insbesondere im Bereich des Missbrauches von Suchtgiften kann jedoch mit polizeilichen Ansätzen alleine nicht das Auslangen gefunden werden.

Gerade in diesem Bereich sind umfangreiche Aufklärungsmaßnahmen von entscheidender Bedeutung. Mit den im Frühjahr dieses Jahres verabschiedeten "Suchtpräventions-Richtlinien" wurde eine enge Vernetzung zwischen den Fachstellen für Suchtprävention und den Drogenkoordinatoren und Drogenbeauftragten der Länder in die Wege geleitet. In Verbindung mit der Zentralen Ausbildung von speziellen Sucht-Präventionsbeamten auf allen Ebenen des Kriminaldienstes stellt dies einen wesentlichen Schritt zu einer erheblichen Effizienzsteigerung im Bereich der Suchtprävention dar.

Bei der Bekämpfung der schweren und internationalen Suchtgiftkriminalität konnte insbesondere bei den Sicherstellungsmengen in den letzten beiden Jahren ein entscheidender Erfolg verzeichnet werden. Schon im Jahre 2000 gelang es ca. 230 kg Heroin (1999 ca. 79 kg) dem Schwarzmarkt zu entziehen. Dieser Erfolg konnte im heurigen Jahr mit einer Sicherstellungsmenge von bisher 257 kg Heroin noch gesteigert werden. Eine vergleichbare statistische Entwicklung ist bei der Sicherstellung von Ecstasy mit 31.129 Stück im Jahre 1999, 162.093 Stück im Jahr 2000 und 142.782 Stück im laufendem Jahr zu verzeichnen. Ebenso konnte bei der Sicherstellung von Kokain eine Steigerung von ca. 20 kg im Jahr 2000 auf beinahe 96 kg im heurigen Jahr erreicht werden.

Diese Erfolge bei der Bekämpfung der schweren Suchtgiftkriminalität sind neben dem herausragenden Engagement aller in diesem Bereich arbeiteten Exekutivbeamten auf ein Bündel getroffener Maßnahmen zurückzuführen. Beispielhaft kann auf die durchgeführten umfassenden Schulungsmaßnahmen, auf die Entlastung der Suchtgiftspezialgruppen bei Polizei und Gendarmerie von der sogenannten Suchtgift-Kleinkriminalität durch verstärkte Einbindung der Bezirksdienststellen und die Verstärkung der Grenzkontrollen hingewiesen werden. Zur gezielten Bekämpfung bestimmter krimineller Suchtgiftorganisationen wird im regionalen Bereich aber auch bei den Fachdienststellen des Bundesministeriums für Inneres vermehrt auf die Möglichkeit der Bildung von zeitlich befristeten Sonderkommissionen zurückgegriffen.

Von wesentlicher Bedeutung für eine erfolgreiche Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität ist aber, aufgrund der internationalen Verflechtung der kriminellen Organisation, eine effiziente und intensive internationale Kooperation auf kriminalpolizeilicher Ebene. Es wurde daher von der Fachabteilung meines Ministeriums mit den Zentralstellen verschiedener Staaten ein konkretes Arbeitsprogramm zur Bekämpfung der Drogenkriminalität erarbeitet. Dieser erfolgreiche Weg der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit wird auch in Zukunft fortgesetzt werden, um dieser Kriminalitätssparte auch weiterhin effizient und erfolgreich begegnen zu können.

Nicht zuletzt sind auch im Rahmen der derzeit geplanten Kriminaldienstreform und der Einrichtung eines Bundeskriminalamtes Schwerpunkte bei der Suchtgiftbekämpfung vorgesehen. Die Einrichtung von professionellen Einheiten für verdeckte Ermittler sowie für

zentrale Observationsmaßnahmen, die auch für die Unterstützung und Entlastung der regionalen Sicherheitsbehörden und -dienststellen vorgesehen sind, die Aufstellung einer eigenen Analyseeinheit und auch die geplante personelle Aufstockung der Suchtmittelzentralstelle lassen eine entscheidende Verbesserung der Effizienz auch bei der Bekämpfung der nationalen und internationalen schweren Suchtgiftkriminalität erwarten.

- **Fremdenrechtlicher Bereich**

Soweit es sich um die im Regierungsprogramm vorgesehene "beschleunigte und konsequente Abschiebung straffällig gewordener Ausländer" handelt, ist festzuhalten, dass das Bundesministerium für Inneres zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung dieses Themenkomplexes gesetzt hat und laufend an einer weiteren Verbesserung arbeitet.

Die genannten Maßnahmen beziehen sich auf die Person des Fremden selbst, aber auch auf strukturelle Fragen in der behördlichen Zusammenarbeit und der Kooperation mit den Herkunftsländern.

Zunächst ist auf die verbesserte Ablauforganisation bei Abschiebungen hinzuweisen. Abschiebungen werden nur noch von besonders geschulten Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes durchgeführt. Diese haben vor der Abschiebung mit dem Fremden ein Kontaktgespräch durchzuführen, welches konfliktmindernd wirken soll.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die verbesserte Betreuung von in Schubhaft angehaltenen Fremden durch die von nichtstaatlichen Organisationen ausgeübte Schubhaftbetreuung hinzuweisen. Auch diese trägt bedeutend zu einer Konfliktminderung im Vorfeld einer Abschiebung und zu deren erfolgreicher Durchführung bei.

In jenen Fällen, in denen eine Abschiebung mit Linienflugzeug nicht möglich ist, besteht die Möglichkeit der Durchführung von Charterabschiebungen. Gerade im Falle von straffälligen Fremden werden immer wieder Charterabschiebungen durchgeführt. Auch durch diese Maßnahme kann eine höhere Effizienz bei der Außerlandesbringung von straffälligen Fremden erzielt werden.

In der Zusammenarbeit zwischen Asyl- und Fremdenpolizeibehörden wurde sichergestellt, dass Asylanträge von Fremden, die wegen eines Drogen- oder anderen schweren Deliktes

angezeigt wurden, prioritär behandelt werden bzw. bei gravierenden Delikten ein Informationsaustausch zwischen Fremden- und Asylbehörden stattfindet.

Ausgehend vom jeweiligen Einzelfall konnte auch die Zusammenarbeit mit den Justizbehörden dahingehend verbessert werden, dass die Fremdenpolizeibehörden zeitgerecht von einer Entlassung des Fremden aus der Strafhaft erfahren und somit rechtzeitig alle für die Abschiebung erforderlichen Schritte veranlassen können.

Die Fremdenpolizeibehörden wurden angewiesen, alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen für die Abschiebung so zu setzen, dass eine Abschiebung unmittelbar nach dem Ende der Strafhaft durchgeführt wird.

Zur Beschleunigung der Abschiebung straffällig gewordener Fremder tragen darüber hinaus aber auch bilaterale Maßnahmen, wie etwa der Abschluss von Rückübernahmeabkommen mit "Problemstaaten" sowie der regelmäßige Kontakt mit ausländischen Vertretungsbehörden, die für die Ausstellung von Ersatzreisedokumenten zuständig sind, bei.

Auch auf EU- Ebene werden Maßnahmen für einen beschleunigten Informationsfluss zwischen den Mitgliedstaaten, der die Grundlage für rasches und effizientes fremdenpolizeiliches Handeln darstellt, getroffen.

Zur Umsetzung des Regierungsprogrammes habe ich im Frühjahr 2001 im Rahmen des Jahresarbeitsprogrammes 2001 den Auftrag erteilt, eine Arbeitsgruppe mit dem Projekt "Änderung des Fremdengesetzes" einzurichten. Deren Ergebnisse wurden in die Ministerratsbeschlüsse vom 13. August 2001 und 2. Oktober 2001 eingearbeitet.

Zur Zeit wird an der legislativen Umsetzung dieser Ministerratsvortrages betreffend "Harmonisierung des Ausländerbeschäftigungsrechtes mit dem Fremdenrecht" und des Ministerratsvortrages betreffend "Integrationsvereinbarung" gearbeitet. Der Entwurf einer Fremdengesetz-Novelle wird nach Abschluss der Beratungen zur Begutachtung versendet werden.

Darüber hinaus wurde die im Regierungsprogramm ebenfalls vorgesehene Verschärfung der Regelungen gegen die Schlepperei durch die bereits im Juli 2000 in Kraft getretene Änderung des Fremden-Gesetzes (BGBl. I Nr. 34/2000) umgesetzt.

- **Asylrechtlicher Bereich**

Aufgrund des Anstiegs der Antragszahlen mussten im Bereich des Bundesasylamtes bereits in der Vergangenheit zahlreiche Detailmaßnahmen der Verfahrensbeschleunigung unter Konzentration auf die wesentlichen Elemente eines Asylverfahrens erster Instanz durchgeführt werden. Gleichzeitig konnte mit der Asylgesetznovelle 2001 durch Entfall des § 19 Abs. 3 3. Satz ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion nicht notwendiger Administrativtätigkeit im Bereich ständiger Verlängerungen von Aufenthaltsberechtigungen geleistet werden. Hier ist bereits jetzt die aufgrund hoher Antragszahlen unbedingt erforderliche Ressourcen-Umschichtung für den Hauptzweck der Verfahrensführung sichtbar.

Darüber hinaus habe ich mit 17. Oktober 2001 den Projektauftrag "Asylwerberaufnahme - Neu" erteilt. Damit ist die Beschleunigung der Asylverfahren durch konzentrierten Ressourcen-Einsatz und Anpassung der Aufnahmestruktur geplant. Im Rahmen dieses Projektes läuft derzeit in meinem Ressort die Prüfung der Schaffung von Aufnahmezentren mit dem Ziel, Asylwerber einer unverzüglichen Vorklärung zu unterziehen, und damit - dem Einzelfall und Einzelschicksal gerecht werdend - Differenzierungen nach dem Antragsvorbringen am Beginn des Verfahrens zu setzen. Damit einhergehend muss dafür Sorge getragen werden, dass Ermittlungsschritte regelmäßig in erster Instanz gesetzt werden, um dadurch auch eine sichtbare Beschleunigung des Asylverfahrens zweiter Instanz zu erreichen. Ich habe den Auftrag erteilt, nach Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes in meinem Ressort die Umsetzung dieses Vorhabens in den wesentlichen Teilen mit 1. Juli 2002 abzuschließen.

Im Übrigen darf ich auf die Novelle zum Asylgesetz (BGBl. I Nr. 82/2001) verweisen, mit der zum einen ein effektiver Vollzug des Konzeptes des sicheren Drittstaates eröffnet, und zum anderen - wie schon erwähnt - das Bundesasylamt durch den Wegfall der wiederholten Verlängerung der Bescheinigung der vorläufigen Aufenthaltsberechtigung nach § 19 AsylG entlastet wurde.

Zu den Frauen 9 und 10:

Im Jahre 1999 wurde der Asylstatus in 39, im Jahre 2000 in 42 und im Jahr 2001 in 43 Fällen aberkannt. Eine statistische Auswertung, in welchen Fällen § 14 Abs. 1 / 5 AsylG als Rechtsgrundlage diente ist ebensowenig möglich wie eine Zuordnung der zugrundeliegenden

Delikte. Daraus ergibt sich auch die (technische) Unmöglichkeit der Eruiierung, betreffend Abschiebung, Zurückschiebung oder Zurückweisung gemäß des § 14 Abs. 1 Z 5.

Zu Frage 11:

Im Jahre 1999 wurden gemäß § 30 Abs. 1 AsylG 8.049 Asylverfahren wegen Abwesenheit des Asylwerbers eingestellt; im Jahr 2000 erfolgten 10.616, im Jahr 2001 (1.1. bis 31.10.) 11.587 Einstellungen. Die betroffenen Nationalitäten können den beiliegenden Aufstellungen entnommen werden.

Zu den Fragen 12 und 13:

Gemäß § 21 Abs. 2 AsylG 97 darf ein Asylwerber nicht in den Herkunftsstaat zurückgewiesen und überhaupt nicht zurückgeschoben oder abgeschoben werden.

Es ist daher unabhängig davon, ob die Herkunftsstaaten eine Aufnahme verweigern oder die Fremden in Hungerstreik sind, eine zwangsweise Außerlanderschaffung von Asylwerbern nicht zulässig.

Zu Frage 14:

Die Überwachung mittels Videokameras von Orten, an denen der Drogenhandel besonders blüht, ist bei der Bekämpfung des Suchtgifthandels als sinnvolle Maßnahme anzusehen. Allerdings führt eine derartige Maßnahme zwar an der überwachten Örtlichkeit zur Eindämmung des Suchtgifthandels, die äußerst flexible Szene würde sich jedoch an andere Örtlichkeiten verlagern.

Zu Frage 15:

Statistiken über wegen Drogendelikte abgeschobener Fremder liegen nicht vor. Es bestehen jedoch Aufzeichnungen, wie viele Aufenthaltsverbote wegen strafrechtlicher Verurteilungen erlassen wurden.

Diese Zahlen stellen sich wie folgt dar:

Aufenthaltsverbot

Jahr	Anzahl
1999	1.360
2000	1.407
2001 (Jänner bis Oktober)	1.080

Beilage

Statistische Aufstellung über Asylwerber - Verfahrenseinstellungen

Berichtszeitraum Jänner bis Dezember 1999

Insgesamt	8.049
Afghanistan	1.255
Ägypten	5
Albanien	30
Algerien	118
Angola	19
Äquatorialguinea	
Arabische Emirate	
Argentinien	
Armenien	26
Aserbajdschan	13
Äthiopien	7
Australien	
Bahrain	
Bangladesch	191
Belarus	19
Belgien	
Benin	1
Bhutan	6
Bolivien	
Bosnien-Herzegowina	37
Brasilien	
BRD	
Bulgarien	10
Burkina Faso	
Burma	
Burundi	2
Chile	
China Rep. (Taiwan)	14
China Volksrepublik	4
Cote d'Ivoire	
CSFR	
CSSR	
Dänemark	

DDR	
Deutschland	
Dominikanische Republik	
Ecuador	
ehemalige CSFR	
El Salvador	
Eritrea	2
Estland	
Finnland	
Frankreich	2
Gabun	
Gambia	14
Georgien	10
Ghana	24
Griechenland	
Großbritannien	
Guatemala	
Guinea	21
Guinea-Bissau	22
GUS	
Haiti	
Indien	484
Indonesien	
Irak	1.428
Iran	425
Israel	
Italien	
Jamaika	
Jemen	
Jordanien	4
Jugoslawien	
Jugoslawien BR	2.421
Kambodscha	
Kamerun	18
Kanada	
Kap Verde	
Kasachstan	2
Kenia	2
Kirgisistan	
Kiribati	
Kolumbien	1
Kongo	13
Kongo Demokr. Rep.	42
Korea, (Süd,	

Republik)	
Kroatien	10
Kuba	2
Kuwait	
Laos	
Lesotho	1
Lettland	
Libanon	17
Liberia	37
Libyen	7
Liechtenstein	
Litauen	1
Madagaskar	
Malawi	
Malaysia	
Mali	3
Marokko	6
Mauretanien	2
Mauritius	
Mazedonien	7
Moldau	13
Mongolei	
Myanmar	
Namibia	
Nepal	10
Neuguinea	
Nicaragua	
Niederlande	
Niger	
Nigeria	93
Nordjemen	1
Oman	
Österreich	
Pakistan	139
Palästina	
Palau	
Palau (USA)	
Paraguay	
Peru	
Philippinen	
Polen	1
Portugal	1
Ruanda	5
Rumänien	6
Russische Föderation	40

Sambia	
Saudi Arabien	
Schweden	
Schweiz	
Senegal	3
Seychellen	
Sierra Leone	128
Simbabwe	1
Singapur	
Slowakei	3
Slowenien	1
Somalia	81
Sowjetunion	
Sri Lanka	151
staatenlos	93
Südafrika	2
Sudan	31
Südjemen	
Syrien	180
Tadschikistan	4
Tansania	
Thailand	
Togo	5
Tschad	
Tschechische Republik	1
Tschechoslowakei	
Tunesien	
Türkei	153
Turkmenistan	
Uganda	19
Ukraine	29
Ungarn	
ungeklärt	68
Uruquay	
USA	
Usbekistan	
Vietnam	2
Zaire	

Berichtszeitraum Jänner bis Dezember 2000

	Ergebnis
Insgesamt	10.616
Afghanistan	3.296
Ägypten	
Albanien	8
Algerien	50
Angola	30
Äquatorialguinea	
Arabische Emirate	
Argentinien	
Armenien	34
Aserbaidshan	5
Äthiopien	8
Australien	
Bahrain	
Bangladesch	260
Belarus	27
Belgien	
Benin	2
Bhutan	7
Bolivien	
Bosnien-Herzegowina	34
Brasilien	
BRD	
Bulgarien	7
Burkina Faso	5
Burma	
Burundi	
Chile	
China Rep. (Taiwan)	16
China Volksrepublik	18
Cote d'Ivoire	3
CSFR	
CSSR	
Dänemark	
DDR	

Deutschland	
Dominikanische Republik	2
Ecuador	
ehemalige CSFR	
El Salvador	
Eritrea	7
Estland	
Finnland	
Frankreich	
Gabun	
Gambia	13
Georgien	9
Ghana	11
Griechenland	
Großbritannien	
Guatemala	
Guinea	15
Guinea-Bissau	2
GUS	
Haiti	
Indien	2.010
Indonesien	
Irak	1.954
Iran	602
Israel	3
Italien	
Jamaika	
Jemen	
Jordanien	
Jugoslawien	
Jugoslawien BR	503
Kambodscha	
Kamerun	7
Kanada	
Kap Verde	
Kasachstan	2
Kenia	
Kirgisistan	3
Kiribati	
Kolumbien	
Kongo	13
Kongo Demokr. Rep.	24
Korea, (Süd, Republik)	

Kroatien	5
Kuba	2
Kuwait	2
Laos	
Lesotho	
Lettland	2
Libanon	25
Liberia	13
Libyen	6
Liechtenstein	
Litauen	7
Madagaskar	
Malawi	
Malaysia	
Mali	
Marokko	3
Mauretanien	
Mauritius	
Mazedonien	5
Moldau	20
Mongolei	1
Myanmar	7
Namibia	1
Nepal	25
Neuguinea	
Nicaragua	
Niederlande	
Niger	2
Nigeria	73
Nordjemen	
Oman	
Österreich	
Pakistan	400
Palästina	
Palau	
Palau (USA)	1
Paraguay	
Peru	
Philippinen	
Polen	1
Portugal	
Ruanda	9
Rumänien	17
Russische Föderation	78
Sambia	

Saudi Arabien	
Schweden	
Schweiz	
Senegal	7
Seychellen	
Sierra Leone	67
Simbabwe	
Singapur	
Slowakei	15
Slowenien	1
Somalia	131
Sowjetunion	
Sri Lanka	171
staatenlos	153
Südafrika	
Sudan	25
Südjemen	
Syrien	136
Tadschikistan	4
Tansania	
Thailand	
Togo	2
Tschad	
Tschechische Republik	8
Tschechoslowakei	2
Tunesien	3
Türkei	102
Turkmenistan	
Uganda	20
Ukraine	27
Ungarn	2
ungeklärt	42
Uruquay	
USA	
Usbekistan	
Vietnam	3
Zaire	

Berichtszeitraum Jänner bis Oktober 2001

Insgesamt	11.587
Afghanistan	5.161
Ägypten	5
Albanien	17
Algerien	44
Angola	12
Äquatorialguinea	
Arabische Emirate	
Argentinien	
Armenien	300
Aserbaidshan	26
Athiopien	14
Australien	
Bahrain	
Bangladesch	548
Belarus	18
Belgien	
Benin	
Bhutan	
Bolivien	
Bosnien-Herzegowina	13
Brasilien	
BRD	
Bulgarien	2
Burkina Faso	2
Burma	
Burundi	1
Chile	
China Rep. (Taiwan)	15
China Volksrepublik	6
Cote d'Ivoire	2
CSFR	
CSSR	
Dänemark	
DDR	
Deutschland	1
Dominikanische	

Republik	
Ecuador	
ehemalige CSFR	
El Salvador	
Eritrea	1
Estland	
Finnland	
Frankreich	
Gabun	1
Gambia	18
Georgien	181
Ghana	10
Griechenland	
Großbritannien	
Guatemala	
Guinea	16
Guinea-Bissau	6
GUS	
Haiti	
Indien	1.184
Indonesien	
Irak	1.556
Iran	225
Israel	
Italien	
Jamaika	
Jemen	
Jordanien	1
Jugoslawien	
Jugoslawien BR	243
Kambodscha	
Kamerun	6
Kanada	
Kap Verde	
Kasachstan	7
Kenia	1
Kirgisistan	4
Kiribati	
Kolumbien	6
Kongo	4
Kongo Demokr. Rep.	24
Korea, (Süd, Republik)	1
Kroatien	3
Kuba	

Kuwait	1
Laos	
Lesotho	
Lettland	
Libanon	15
Liberia	15
Libyen	1
Liechtenstein	
Litauen	14
Madagaskar	
Malawi	1
Malaysia	
Mali	1
Marokko	2
Mauretanien	10
Mauritius	3
Mazedonien	92
Moldau	47
Mongolei	17
Myanmar	
Namibia	
Nepal	20
Neuguinea	
Nicaragua	
Niederlande	
Niger	
Nigeria	125
Nordjemen	
Oman	
Österreich	
Pakistan	326
Palästina	
Palau	
Palau (USA)	
Paraguay	
Peru	
Philippinen	
Polen	4
Portugal	
Ruanda	1
Rumänien	9
Russische Föderation	115
Sambia	
Saudi Arabien	
Schweden	

Schweiz	
Senegal	11
Seychellen	
Sierra Leone	65
Simbabwe	
Singapur	
Slowakei	1
Slowenien	1
Somalia	197
Sowjetunion	1
Sri Lanka	153
staatenlos	129
Südafrika	
Sudan	20
Südjemen	
Syrien	67
Tadschikistan	1
Tansania	
Thailand	
Togo	1
Tschad	
Tschechische Republik	2
Tschechoslowakei	
Tunesien	7
Türkei	289
Turkmenistan	
Uganda	18
Ukraine	34
Ungarn	4
ungeklärt	75
Uruquay	
USA	
Usbekistan	
Vietnam	7
Zaire	